



Dr. Peter Struck

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Postanschrift: 11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 75003/73731
22. Januar 2007

Herrn
Jürgen Peters
Erster Vorsitzender der IG Metall
Wilhelm-Leuschner-Str. 79

60329 Frankfurt am Main

Lieber Jürgen,

im Namen der gesamten SPD-Bundestagsfraktion bedauere ich sehr, mit welchen Mitteln die IG Metall zurzeit aktuelle Rentenpolitik bewertet und einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung aus dem Weg geht. Denn die angekündigte Plakataktion wird meines Erachtens weder der Bedeutung des Themas gerecht, noch lässt sie eine ernsthafte Diskussion zu.

In den letzten Wochen wurden per E-Mail ausgewählte Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, für eine Plakataktion der IG Metall Stellung zur aktuellen Rentenpolitik zu beziehen. Jedem einzelnen Abgeordneten sollen für die Darstellung seiner Position maximal 500 Zeichen zugestanden werden. Es ist wohl offensichtlich, dass mit einer solchen Platzvorgabe keine sachlich fundierte Stellungnahme zu komplexen Themen möglich ist.

Allein der Einleitungstext des zugesandten Plakatementwurfs umfasst weit mehr als das Doppelte des uns zugestandenen Platzes. Die Abgeordneten sollen dagegen mit maximal 500 Zeichen unser politisches Vorhaben erklären, bei dem Fragen des demographischen Wandels, der Finanzierung, der sozialen Balance und der Beschäftigungssituation – vor allem Älterer – eine Rolle spielen.

Die geplante langfristige Anhebung des gesetzlichen Rentenalters ist eine auch für uns bedeutsame und schwierige Entscheidung. Deshalb werden wir den Kolleginnen und Kollegen unsere Rentenpolitik ausführlich erklären. Dies ist jedoch nicht hinreichend möglich, ohne auch auf die veränderten demographischen Grundbedingungen einzugehen.

Das neue Renteneintrittsalter von 67 Jahren trägt der gestiegenen Lebenserwartung und damit dem längeren Rentenbezug Rechnung. So ist die Rentenbezugsdauer in den letzten 40 Jahren im Durchschnitt um rund 7 Jahre auf nunmehr 17 Jahre gestiegen. Und es ist davon auszugehen, dass die Lebenserwartung bis zum Jahr 2030 bei 65-jährigen Männern und bei 65-jährigen Frauen um weitere 2,8 Jahre anwachsen wird.

Die Erhöhung des Rentenalters geschieht aber keineswegs abrupt, sondern erfolgt schrittweise. Ab 2012 erhöht sich das Rentenalter um einen Monat pro Kalenderjahr, ab 2024 erfolgt die Anhebung in Zwei-Monatsschritten. Im Jahr 2029 wird dann der Renteneintritt erst ab dem 67. Lebensjahr möglich sein.

Würden wir jetzt nicht handeln, müssten die Berufstätigen für den einzelnen Rentner immer längere Rentenbezugszeiten erwirtschaften. Hinzu kommt die ebenfalls demographisch bedingte Verschiebung im Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern. Während das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu den 20- bis 65-Jährigen im Jahr 2005 noch ca. 1 zu 3 betrug, wird es im Jahr 2020 voraussichtlich bei 1 zu 2 liegen. Unvertretbar hohe Beitragssätze wären die Folge, wenn wir nicht gegensteuern würden. Eine moderate und schrittweise Anhebung der Lebensarbeitszeit ist also auch ein Gebot der Fairness gegenüber den aktiven Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die nachhaltige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung ist zwar ein wichtiger Bestandteil der Reform, darüber hinaus jedoch geben die Gesetzesinitiativen zur Anpassung des Rentenalters und zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen das Signal zu einer grundlegenden Umorientierung unserer Gesellschaft.

Der Altersdurchschnitt der Gesamtbevölkerung und damit auch des zur Verfügung stehenden Potentials an Arbeitskräften wird sich in den kommenden Jahrzehnten deutlich erhöhen. Allerdings scheint dieses Bewusstsein noch nicht überall angekommen zu sein. Viele Arbeitgeber beklagen den heute schon spürbaren Mangel an Fachkräften, haben es aber selbst versäumt in Aus- und Weiterbildung – auch von älteren Mitarbeitern zu investieren. So wird dieser Mangel aber zum Risiko für wirtschaftliches Wachstum und die sozialen Sicherungssysteme.

Um diese Entwicklung auszugleichen, bleibt für die Zukunft kein anderer Weg als Arbeitnehmern zu ermöglichen – bei verbesserten Rahmenbedingungen - länger als bisher erwerbstätig zu bleiben. Es ist vorhersehbar, dass die Arbeitsmarktlage sich gerade dann grundlegend entspannen wird, wenn wir mit der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters beginnen. In einigen Jahren werden die Unternehmen älteren Arbeitnehmern nicht nur Arbeitsplätze anbieten können, sie werden auch darauf angewiesen sein, dass die älteren erfahrenen Arbeitnehmer länger erwerbstätig bleiben.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Anhebung des Rentenalters kein Selbstzweck, deshalb haben wir diese an die Erfüllung bestimmter Bedingungen geknüpft:

- Im Gesetzentwurf zum RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz haben wir eine Vorbehaltsklausel verankert (Bestandsprüfungsklausel §154 Abs. 4 Satz 1 und 2). Die Bundesregierung ist demnach verpflichtet, ab 2010 regelmäßig darüber zu berichten, ob die Maßnahmen mit der Entwicklung der Arbeitsmarktlage und der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer vereinbar ist. Trotz aller Notwendigkeiten darf die Anhebung des Renteneintrittsalters nur umgesetzt werden, wenn sie mit den tatsächlichen Entwicklungen im Einklang steht. Eine Revision bleibt also möglich.

Deshalb ist es auch falsch zu behaupten, dass nur finanzielle Erwägungen bei der Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre eine Rolle spielen. Wo wir uns das Ziel setzen die Sozialversicherungsbeiträge möglichst niedrig zu halten, haben wir vor allem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Blick. Mit unseren Maßnahmen verhindern wir, dass der

Rentenbeitragssatz bis zum Jahr 2030 über 22 Prozent steigt. Fahrlässig wäre es, die Beitragssätze zu erhöhen und damit die Kosten für Arbeit zu verteuern. Aber auch die Erhöhung des Steueranteils aus Bundesmitteln, der bereits bei knapp 80 Mrd. Euro liegt, darf bei der derzeitigen Struktur des Rentensystems als Option nicht in Betracht gezogen werden. Die Verantwortung für vorhandene Finanzierungslücken würde so lediglich weiter in die Zukunft verschoben.

Der oft wiederholte Vorwurf die Erhöhung des Rentenalters bedeute eine Rentenkürzung, ist angesichts einer im Durchschnitt weiter steigenden Rentenbezugsdauer haltlos. Tatsächlich sorgen gerade unsere Maßnahmen dafür, dass die heutigen Arbeitnehmer/innen, Rentnerinnen und Rentner keine Einbußen fürchten müssen.

- Die jetzt geltenden Regelungen bei der Erwerbsminderungsrente für langjährig Versicherte bleiben erhalten. Wer mit 35 Arbeitsjahren (bis 2023) in die Erwerbsminderungsrente muss, kann dies weiterhin nach dem derzeitigen Recht tun; ab 2024 benötigt man dazu 40 Arbeitsjahre. Dies war für uns bei den Verhandlungen unabdingbar. Denn ein langes Arbeitsleben darf nicht mit höheren Abschlägen und damit einer niedrigeren Rente bestraft werden. Darüber hinaus bleibt auch das Zugangsalter für langjährig Versicherte als flexible Rentenzugang ab 63 Jahren erhalten.
- Außerdem ist es uns gelungen, eine Verschiebung des Stichtags für die Geltung des Vertrauensschutzes bei Altersteilzeit vom 29. November auf den 31. Dezember 2006 zu erreichen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die den Geburtsjahrgängen 1954 und älter angehören, genießen nach dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz Vertrauensschutz, wenn sie zum Stichtag verbindlich Altersteilzeit vereinbart haben. Viele Kolleginnen und Kollegen konnten sich daraufhin noch rechtzeitig für einen Altersteilzeitvertrag entscheiden.

Wir wissen, dass eine Erhöhung des Rentenalters ins Leere laufen muss, wenn sich die derzeitige Arbeitsmarktlage für ältere Menschen nicht grundlegend ändert. Wir haben deshalb beschlossen, die Beschäftigungsmöglichkeiten Älterer zu verbessern. Denn eine längere Lebensarbeitszeit kann nicht nur durch die formale Änderung des Rentenrechts erreicht werden.

- Mit der Initiative 50plus wollen wir den Mentalitätswechsel in den Unternehmen für mehr Beschäftigung Älterer fördern. Wir wollen deren Beschäftigungsfähigkeit verbessern und die Qualifizierung ausbauen, damit sie den Anforderungen des Arbeitsmarktes von morgen genügen. Deshalb übernimmt der Bund die Weiterbildungskosten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kleineren und mittleren Betrieben. Weiterhin ist vorgesehen den Kombilohn für Ältere auszubauen und Eingliederungszuschüsse bei einer Einstellung von älteren Arbeitnehmern zu gewähren.
- Gute Arbeitsmarktbedingungen sind Voraussetzungen für längeres Arbeiten. Deshalb unterstützen wir die Betriebe mit der Initiative INQA dabei, ihre Arbeitsbedingungen modern und altersgerecht zu gestalten. Qualifizierung und Gesundheit sind die Schlüssel für die Fähigkeit und Bereitschaft Älterer, berufstätig zu sein. Mit dem Programm „Perspektive 50plus“ werden Regionalprojekte zur beruflichen Wiedereingliederung Älterer gefördert. Und wir

ermöglichen für Ältere 30.000 Zusatzjobs bis zu einer Laufzeit von drei Jahren. Zusammen mit der insgesamt erfreulichen Entwicklung am Arbeitsmarkt werden diese Maßnahmen dafür sorgen, dass sich die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich verbessern werden.

Darüber hinaus rufen wir aber auch die Tarifparteien dazu auf, ihren Beitrag zu leisten. Denn sie sind primär für Beschäftigung, Qualifizierung und Erhalt der Arbeitskraft verantwortlich.

Wir Sozialdemokraten wollen an unserem bewährten System der Sozialversicherung festhalten. Wer die Augen vor der Realität und vor gesellschaftlichen Entwicklungen verschließt, untergräbt langfristig die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme. Er spielt damit – gewollt oder ungewollt – gerade denjenigen in die Hände, die die Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft aufkündigen und Lebensrisiken privatisieren wollen. Die genannten gesellschaftlichen Entwicklungen einfach zu ignorieren oder in Abrede zu stellen, wäre der deutlich einfachere aber unredliche Weg. Einem populistischen „einfach-weiter-so-wie-bisher“ erteilen wir deshalb eine klare Absage. Ebenso wenden wir uns gegen die neoliberalen Bestrebungen von FDP und Teilen der Union, die die aktuelle Diskussion nutzen wollen, um Arbeitnehmern und Rentnern noch weitere Belastungen aufzubürden.

Unsere Argumente sind gut, wir brauchen die politische Auseinandersetzung nicht zu scheuen. Die Abgeordneten sind bereit – auch vor Ort - Rede und Antwort zu stehen. Die mit der Plakataktion diktierten Bedingungen aber können wir so nicht akzeptieren.

Nicht nur der völlig unzureichende Platz für die Darstellung unserer Positionen macht die gesamte Aktion zu einem Ärgernis. Auch der geplante Aufbau des Plakats macht klar, dass die Aktion nicht als faire inhaltliche Auseinandersetzung um eine Sachfrage gedacht ist: Egal, wie wir als Bundestagsabgeordnete antworten: die ablehnende Bewertung der IG Metall steht bereits fest und wird von vornherein den Betrachtern des Plakats als „Lesehilfe“ für die Politiker-Stellungnahmen vorgegeben. Es geht also ausschließlich darum, „Stimmung“ in den „Betrieben und Verwaltungen“ zu machen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion stelle ich deshalb fest, dass wir uns auf diese Form der agitierenden und unfairen Auseinandersetzung nicht einlassen werden.

Es wäre gut, wenn Du und der IG-Metall-Vorstand mithelfen würden, für eine sachliche Diskussion Sorge zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen

Dein
R. K. H. H. H.